



**Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,**

„Patient in Not – diese Reform schadet allen“. So lautet das Motto des bundesweiten Aktionstages am Montag, 4. Dezember 2006. Dieser wird ein Tag der Information und Aufklärung über die Reformpläne für das Gesundheitswesen sein. Die Botschaft der Ärzteschaft und des gesamten Gesundheitswesens an Bürger, Medien und Politiker: Wird der Entwurf des so genannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes unverändert verabschiedet, wird die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten schlechter, teurer und unsicherer.

Diese Reform richtet sich so unmittelbar gegen die Interessen kranker Menschen, gegen die Ärztinnen und Ärzte, gegen viele andere Gesundheitsberufe, gegen Krankenhäuser, dass es nun gilt, Bevölkerung, veröffentlichte Meinung und Parlamentarier in einer großen Kraftanstrengung aufzurütteln. Nordrhein-Westfalen wird ein Schwerpunkt des Aktionstages sein.

Ärzterschaft im Ausnahmezustand – so war die Lage bei unserer Frühjahrskammerversammlung im März 2006. Unsere Kammerversammlung am 18. November in Düsseldorf stand unter dem Motto: Ärzteschaft im Ausstand. Mancher spricht auch schon von Aufstand. Ihr Parlament, die von Ihnen gewählten Delegierten der rheinischen Ärztekammer, hat einstimmig alle Kolleginnen und Kollegen zur Beteiligung an dem Aktionstag aufgerufen.

Die Signale der Ärzteschaft während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens sind klar und deutlich gewesen: Wir werden offenlegen, dass bestimmte Politiker eine bestmögliche Versorgung lächelnd in jede Kamera versprechen – und dann die Rechnung an die Heilberufler und anderen Beschäftigten im Gesundheitswesen weiterreichen.

Wir können einfach nicht mehr durch weitere zusätzliche Leistung kompensieren, was die Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre an Unterfinanzierung im Gesundheitswesen und damit an Leistungsabbau für die kranken Menschen in Deutschland programmiert hat.

Ungeachtet dessen wird das Gesundheitswesen mit immer neuen Leistungsanforderungen, mit Bürokratie und mit Kontrollmentalität bedrängt. Wir dürfen

den Bürgerinnen und Bürgern nicht verschweigen, dass dies für sie nicht ohne Folgen bleiben wird. Die schleichende Rationierung, die unsere Patientinnen und Patienten ja schon heute deutlich spüren, wird bei einer Fortsetzung der bisherigen Gesundheitspolitik in eine galoppierende Rationierung übergehen.

Darüber müssen wir aufklären, weil die Menschen ein Recht haben zu erfahren, wer für diese Folgen Verantwortung trägt. Denn nach wie vor streut die Bundesgesundheitsministerin der Öffentlichkeit Sand in die Augen.

Dabei scheut sie auch vor purer Polemik nicht zurück. So hat sie jetzt Ärzten mit Geldbußen bis zu 10.000 Euro gedroht, wenn Privatversicherte bei der Terminvergabe bevorzugt werden.

Bundesgesundheitsministerium und Koalitionsspitzen haben einen Irrweg weiter verfolgt, den der Gesetzgeber bereits seit Jahren beschreitet. Der jetzt auf dem Tisch liegende Gesetzentwurf führt auf dem direkten Weg in die Programm- und Anweisungsmedizin.

Die gemeinsame Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen wird praktisch abgeschafft. Das bedeutet für uns: Noch mehr Fremdbestimmung statt Selbstbestimmung.

Deshalb unsere herzliche Bitte: Beitragen Sie sich am 4. Dezember an den Aktionen in Ihrer Stadt, in ihrem Kreis! Informieren Sie Ihre Patienten über die Folgen der Reform! Konfrontieren Sie die Politiker vor Ort mit unseren Argumenten!

Ihre

*Prof. Dr. med. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe  
Präsident der Bundesärztekammer  
und des Deutschen Ärztetages  
Präsident der Ärztekammer Nordrhein*

*Dr. med. Arnold Schüller  
Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein*

**Informationen zum Aktionstag:  
www.aekno.de  
Hotline 0211/4302-1577 (8 bis 18 Uhr)**